

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

es hat zwei Gründe, warum wir, die demokratische Gruppe AFD/dieBasis, dem Haushaltsplanentwurf 2025 **NICHT** zustimmen werden:

Der erste Grund:

Unser Verwaltungsapparat im LK wächst von Jahr zu Jahr – allein für 2025 sind offenbar, wie heute von Ihnen beschlossen, 24 zusätzliche Stellen zu verzeichnen.

Die Ausgaben unseres Landkreises steigen von Jahr zu Jahr.
Und die Verschuldung unseres Landkreises steigt ebenfalls von Jahr zu Jahr.

Unsere finanzielle Lage wird, wie wir heute auch schon vielfach hier gehört haben, also immer schlechter:

Wir bitten daher zum einen alle Parteien, im nächsten Jahr weniger kostspielige Anträge zur Abstimmung zu stellen, als bisher, einfach damit unsere Ausgaben künftig nicht noch weiter steigen werden.

Und wir bitten daher zum anderen die Verwaltung, im nächsten Jahr, für den Haushaltsplanentwurf 2026, erhebliche Einsparungsvorschläge auszuarbeiten und einzubringen.

Um es kurz zu sagen: Wir fordern sozusagen mehr Haushaltsdisziplin, als bisher!

Nur zur Erinnerung, Haushaltsdisziplin war die Sache mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Und z.B. bezüglich des Lüneburger Theaters, das, zugegeben zwar eine schöne Sache ist, aber ob das der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entspricht?

Und ob z.B. der Aufbau einer landkreisgenen Verkehrsbetriebsgesellschaft diesen Grundsätzen entspricht, da haben wir zumindest unsere Zweifel.

Der **zweite** Grund, warum wir, die demokratische Gruppe AFD/dieBasis, dem Haushaltsplanentwurf 2025 nicht zustimmen werden, ist folgender:

Die negative Entwicklung der Haushalte in den Kommunen ist natürlich nicht vom Himmel gefallen. Sie ist, auch da werden mir die meisten von Ihnen vermutlich zustimmen, eine Folge der immer schlechteren wirtschaftlichen Lage in unserem Land, was natürlich auch sinkende Steuereinnahmen zur Folge hat.

Aber: Wir sind, **anders als Sie**, nicht der Meinung, dass die schlechte wirtschaftliche Lage in der Welt oder in Europa Hauptverursacher ist, sondern dass primär politische Fehlentscheidungen in unserem Land zu der Misere geführt haben:

Das fing 2015 mit dem Zulassen einer ungebremsten Migration durch die damalige Bundesregierung an. Und wurde ab 2021 durch die Ampelregierung fortgeführt.

Wir haben seither eine ganz erhebliche Einwanderung auch in unsere Sozialsysteme, die nun akut gefährdet sind.

Und in den Corona-Jahren führten diese Regierungen, auch hier in unserem Landkreis, entgegen jeglicher Evidenz, sogar Lockdowns durch. Diese hatten natürlich erhebliche negative Folgen für die Wirtschaft, zumindest für Kleinunternehmen und Mittelstand.

Die Krönung des Ganzen wurde dann die Energiepolitik der Ampelparteien, die nicht nur fast alle Unternehmen, sondern auch Privatleute und natürlich auch die Kommunen, zu erheblichen Mehrausgaben zwingt.

Und welche Parteien sitzen in den Regierungen in Land und Bund und bürden den Kommunen immer mehr Aufgaben bei gleichzeitig sinkender Finanzierung auf?

Absolut im negativen Sinne bemerkenswert finde ich z.B. auch die ideologische Entscheidung bei VW in Wolfsburg: Zweitgrößter Einzelaktionär (mit 20%) ist, wie bekannt, unsere Landesregierung. Der letzte Verbrenner des Konzerns soll nämlich schon nächstes Jahr an den Start gehen. Dass die Verbraucher das anders entscheiden würden, scheint nicht zu interessieren.

Den wirtschaftlichen Aufschwung bei VW fördert diese Entscheidung jedenfalls nicht.

Wie auch immer:

Da wir in einem Parteienstaat leben, habe ich, als einziger Abgeordneter meiner Partei im Kreistag, selbstverständlich nur sehr, sehr wenige Möglichkeiten, etwas zu beeinflussen.

Ich möchte daher **Sie**, sehr geehrte Kreistagskolleginnen und -kollegen der Parteien von CDU, SPD, FDP und Grünen, hier um etwas ganz Entscheidendes bitten.

Mir ist natürlich klar, dass das leider ein ziemlich aussichtsloses Unterfangen ist. Ich möchte es aber dennoch gerne zumindest einmal formulieren:

Ändern Sie bitte die Politik innerhalb Ihrer Parteien. Ich würde sogar sagen: Tragen Sie innerhalb Ihrer Parteien bitte zu einer 180° Kehrtwende bei.

Statt nur ideologisch zu entscheiden, bitte entscheiden Sie künftig im Interesse der Bevölkerung und auf den Erkenntnissen der Wissenschaft beruhend.

Und versuchen Sie bitte die laufende Deindustrialisierung in unserem Land zu stoppen. Und bitte sorgen Sie für eine Wiederbelebung unserer Wirtschaft und des Mittelstandes. Und natürlich sollten Sie bitte auch die Migration begrenzen. Und zwar auf wirklich Asylbedürftige und Fachkräfte.

Von solch einem Gesinnungswandel innerhalb Ihrer Parteien würden dann letztlich auch die Kommunen, auch unser Landkreis und unsere Gemeinden, profitieren und zwar ganz erheblich.

Ein ausgeglichener Haushalt, gleich Hohe Einnahmen wie Ausgaben, sollte unser Mindestziel sein. Und Schulden sollte man dann natürlich anfangen abzubauen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.